



Agrarministerkonferenz Potsdam, 4./5. September 2014

Forderungen des Deutschen Bauernverbandes

Der Deutsche Bauernverband fordert die Landwirtschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern auf, sich für folgende dringende Anliegen der Bäuerinnen und Bauern einzusetzen:

I. Voraussetzungen für den Umgang mit Marktkrisen und Marktschwankungen schaffen: steuerliche Risikoausgleichsrücklage ermöglichen

Der aktuelle, vom russischen Importstopp ausgelöste Druck auf den Märkten insbesondere für Milch- und Fleischprodukte, Obst und Gemüse belastet die deutsche Agrarwirtschaft. Der DBV begrüßt daher die von der EU-Kommission auf den Weg gebrachten Marktstützungsmaßnahmen, weil sie ein stabilisierendes Signal in die Märkte geben. Unabhängig davon zeigt dies, dass Erzeuger immer wieder mit starken Marktschwankungen zu tun haben und auf Instrumente zu deren Bewältigung und zum Risikomanagement angewiesen sind. Die vom DBV seit langem geforderte steuerliche Risikoausgleichsrücklage ist ein solches Instrument.

II. Milchmarkt stärken: Die deutschen Milchbauern nicht zusätzlich mit Superabgaben belasten

Der DBV fordert die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, Absatzförderungsmaßnahmen zu unterstützen und die Erschließung neuer Märkte durch veterinärrechtliche Vereinbarungen mit Drittländern zu flankieren. Vordringlich ist aber eine Entlastung der Milcherzeuger über eine Abschaffung der positiven Fettkorrektur für das bereits laufende letzte Jahr der Milchquote. Dies würde zumindest eine Teilentlastung der deutschen und europäischen Milchbauern erbringen, die im letzten und im laufenden Quotenjahr mit einer Milliarde Euro an Superabgaben belastet werden und denen damit Kapital entzogen wird. Diese moderate Entlastung durch eine weitere Lockerung des Quotenrahmens würde auch dem Grundgedanken eines gleitenden Ausstieges aus der Quotenregelung konsequent Rechnung tragen, ohne mengenbedingte Marktverwerfungen zu verursachen.

III. Novelle der DüngeVO praxistauglich und verhältnismäßig gestalten

Düngung muss auch in Zukunft am Nährstoffbedarf der landwirtschaftlichen Kulturen ausgerichtet werden. Gesetzliche Vorgaben müssen für die Betriebe praktisch umsetzbar sein. Eine flächendeckend geltende, bundeseinheitliche Düngeverordnung muss strukturellen und einzelbetrieblichen Besonderheiten Rechnung tragen. Schließlich darf die Kreislaufwirtschaft mit Wirtschaftsdüngern nicht in Frage gestellt werden.

IV. Moderne Nutztierhaltung wettbewerbsfähig weiterentwickeln, nicht unter Generalverdacht stellen

Die deutschen Landwirte setzen im internationalen Vergleich hohe Tierschutzstandards um. Die Weiterentwicklung der Tierhaltung in Deutschland sollte an erster Stelle gemeinsam mit den Landwirten und den Marktpartnern erfolgen, um marktgerecht und wettbewerbsfähig zu bleiben und die Erzeugung zu hohen Standards am Standort Deutschland halten zu können. Veränderungen der Rechtsvorschriften müssen dem Grundverständnis eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes folgend zwingend auf EU-Ebene erfolgen. Forderungen aus einzelnen Anträgen zur AMK wie die nach einem dauerhaft anwesenden Amtstierarzt in großen Betrieben, die die Tierhaltung unter Generalverdacht stellen, sind genauso wenig zielführend wie die Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für Stalleinrichtungen. Vollzugsdefizite in Einzelfällen dürfen nicht zu einer pauschalen Entmündigung der Tierhalter führen.

V. Ländliche Räume brauchen mehr Unterstützung: GAK endlich aufstocken und Breitband-Ausbauprogramm auf den Weg bringen

Der Deutsche Bauernverband unterstützt die Forderungen nach einer deutlichen Mittelaufstockung für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK). Weil die Land- und Forstwirtschaft die Wirtschaftsbereiche sind, die den ländlichen Raum prägen, muss eine starke wettbewerbsorientierte Agrarstrukturförderung erhalten bleiben. Soweit die gesetzlich geforderte Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen über eine Erweiterung des Aufgabenspektrums der GAK erfolgen soll, müssen entsprechende Mittelaufstockungen folgen. Dringend notwendig ist ein umfassendes Breitband-Ausbauprogramm für den ländlichen Raum. Der „Digitalen Agenda“ müssen Taten folgen, um die digitale Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten schnell und wirksam zu überwinden.

VI. Hochwasserschutz mit der Landwirtschaft umsetzen

Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein zu Lasten der Grundeigentümer und Landwirte gehen darf. Ein gezielter Hochwasserschutz, der auch die Ertüchtigung und Verstärkung der Deiche vorsieht, ist auch im Sinne der Landwirtschaft. Pauschale Forderungen nach "mehr Raum für die Flüsse" oder Deichrückverlegungen sind allerdings wenig hilfreich und in bereits besiedelten oder landwirtschaftlich genutzten Gebieten schlicht nicht umsetzbar.